

Krautauer Zeitung.

Nr. 273.

Mittwoch, den 27. November

1861.

Die „Krautauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis: für Krautau 4 fl. 20 Nkr., mit Befreiung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Nkr. berechnet. — Inserionsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Petitzeile für 1 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Krautauer Zeitung“ (Großer Ring Nr. 39). Zusendungen werden franco erbeten. Redaction: Nr. 423 an den Planten. Expedition: Großer Ring Nr. 41.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster unterzeichnetem Diplom vom 24. November d. J. aus besonderer Gnade zu gestatten geruht, daß der Feldmarschall-Lieutenant Johann Goltfried v. Nagy das in dem nach seinem verstorbenen Vater hinterlassenen Adelsdiplom vom 15. Februar 1853 enthaltene Prädikat „de Somlyo“ annehmen und führen dürfe.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 24. November d. J. den Emerit v. Szilágyi über sein Ansuchen von der Würde eines Obergespan des Komitates zu entheben und den gewesenen Distrikts-Obergespan Gabriel v. Döry zum Obergespan des genannten Komitates unter gleichzeitiger tarifierter Verleihung der geheimen Rathswürde allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 24. November d. J. den Felix Grafen Bich über sein Ansuchen von der Würde eines Obergespan des Komitates zu entheben und an dessen Stelle den Hofrath der königlich ungarischen Hofkanzlei Cornel v. Balogh zum Obergespan des genannten Komitates allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 24. November d. J. den Obergespan des Komitates László v. Karácsony über sein Ansuchen von der Leitung dieses Komitates zu entheben und zum Administrator in dem genannten Komitate den Grundbesitzer Peter v. Palik-Ucsenyi allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 1. Novbr. d. J. allergnädigst zu gestatten geruht, daß der gewesene päpstliche Hauptmann, Compuit der k. k. lombardisch-venetianischen Staatsbuchhaltung Ritter Franz v. Bédou Chateau das ihm von Sr. Heiligkeit dem Papste verliehene Ritterkreuz des Heil. Ordens annehmen und tragen dürfe.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 15. November d. J. dem Befallungs-Diplome des zum Konful der vereinigten Staaten von Nordamerika in Wien ernannten Theodor Canisius das Allerhöchste Crequatur allergnädigst zu erteilen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 12. November d. J. das erledigte Lehramt der medizinischen Klinik an der chirurgischen Lehranstalt zu Olmütz und die damit verbundene Primararzstelle am dortigen allgemeinen Krankenhaus dem Dr. Wilhelm Pöschl, dagegen die Olmützer Spitalvorkehrerstelle dem ältesten Primararzte und Professor der Geburtshilfe Dr. Franz Moschner allergnädigst zu verleihen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Krautau, 27. November.

Der Pariser Corr. der „N.Y.“ bleibt dabei, daß die jüngste Mittheilung der Kreuzzeitung aus Rom über die Gesundheit des Papstes eine durchaus ungetrübte war. Nicht als ob Pius IX. tödtlich erkrankt darniederliege, schreibt dieselbe, aber seine Krankheit ist eine von denen, die nimmer aufhören, die unheilbar sind, und es steht über allem Zweifel fest, daß die Kräfte des Absterbens des alten und vielgeprüften Mannes in spätestens einigen Monaten voraussehen und sogar ein früheres mögliches Hinschwinden für möglich halten. Diese Eventualität aber ist die Basis der Politik Louis Napoleons, die nach dem Tode Pius IX. in eine neue (kriegsrische) Phase treten wird. Deshalb sollen die Finanzen möglichst geordnet, deshalb soll die französische Armee nicht reducirt werden.

Der Artikel der „Patrie“: Ueber die Möglichkeit der Entwaflnung, verdient besondere Aufmerksamkeit. Schon seit mehreren Tagen wissen wir, daß der Kaiser erklärt habe, eine geringere Effectivstärke als 400 Tausend Mann sei nicht thunlich, und der de F. Correspondent der „N.Y.“ hat schon auf das Mandat hingewiesen, die Organisation des preussischen Heeres zu erschweren. Man würde Europa noch eine Zeit lang in dem Wahn gelassen haben, daß mit der Ernennung des Herrn Fould eine Art Aera, eine Aera des Friedens, begonnen habe; aber dies Spiel hatte den großen Uebelstand, die Franzosen selber an den Gedanken einer Entwaflnung zu gewöhnen. Und deshalb ist man mit der Sprache herausgerückt, zugleich darlegend, daß von einer Entwaflnung keine Rede sein könne und daß die andern Mächte Frankreich zwingen (!), bis an die Zähne bewaffnet zu bleiben. Sehr bemerkenswerth ist der Schluß des Patrie-Artikels: Eine solche Maßregel, die der Entwaflnung Frankreichs, würde den Frieden in Europa nicht consolidiren, sie würde überall die Hoffnungen der Reaction wiedererwecken, sie würde das mühsame Werk des zweiten Kaiserreichs auf immer compromittiren; Frankreich würde nicht bloß sein „Prestige“ vermindert sehen, es würde auch den Gewinn seiner letzten Feldzüge verlieren und der Sache des Rechtes und der Gerechtigkeit den Rücken kehren. In ihrer Nummer vom 23. erhebt sich dieselbe Patrie sehr heftig gegen einen Ar-

tikel der Boulonner Zeitung, nach welchem die Marine-Reductionen bevorstehen sollen.

Wie die „Presse“ versichert, hat Louis Napoleon seine Absicht, die Londoner Ausstellung im kommenden Jahre zu besuchen, bereits officiell am britischen Hof anzeigen lassen.

Die Ankunft des süd-amerikanischen Dampfers Nashville in Southampton erregt großes Aufsehen und beschäftigt die gesammte englische Presse.

Der „Morning-Star“ äußert sich voll Bohn über die Störung der englischen Ruhe durch den südstaatlichen Sklavestier. Er zweifelt, daß Capitan Peagrim etwas Anderes als ein Kaper sei, und glaubt, daß, wenn dieser Verdacht sich bestätigen sollte, Peagrim gefangen genommen und dem amerikanischen Konsul oder Gesandten überliefert werden sollte.

Der „Morning Herald“ betrachtet das Einlaufen des „Nashville“ als ein sehr ungeliebtes Ereigniß. Wir erinnern uns nie gehört zu haben“, sagt dies Blatt, „daß ein Kriegsschiff, welches eigens nach einem neutralem Lande segelte, um eine amtliche Person dahin zu bringen, unterwegs feindliche Kauffahrer wegnahm und verbrannte, — da er weder Ladung, noch Schiff behalten kann — und seine Gefangenen in Fesseln bis an die neutrale Küste brachte. Eine sehr ungewöhnliche und muthwillige Art von Kriegsführung!“ Der „Herald“ will in dem Obersten Peyton, der mit dem „Nashville“ ankam, durchaus einen Gesandten erblicken, der von der Conföderation an die englische Regierung geschickt ist, und sagt: „Hat ein Gesandter das Recht, das Kriegsfahrzeug, welches ihn trägt, eundo et redeundo zur Zerstörung feindlicher Handelsschiffe zu gebrauchen? Dies ist unfraglich kein Brauch civilisirter Kriegsführung, und läme er in Schwung, so müßte er nothwendig jenen anderen Brauch, der die Person eines Gesandten heiligt, aufheben.“

„Daily News“ erkennt an, daß der „Nashville“ in die Docks von Southampton einlaufen konnte, ohne hierdurch das Völkerrecht zu verletzen, weil die englische Regierung bis jetzt den Kriegsschiffen beider Theile nur das Einlaufen mit Prisen verboten hat. Gleiches sagt die Times.

Der „Daily Telegraph“ hingegen dringt auf die Erklärung, daß die amerikanische Blokade eine bloße Papier-Blokade sei und nicht beachtet zu werden brauche. Das Entkommen des „Nashville“ sei Beweis genug, daß die Amerikaner kein Recht hätten, den englischen Handel um nichts und wieder nichts zu hemmen.

Die Londoner Börsewelt unterliegt sich in diesen Tagen von der Möglichkeit eines Ministeriums Thiers' in Frankreich.

Herr Declercq, der französische Bevollmächtigte für die Unterhandlungen mit dem Zollverein, befindet sich, wie das Pays meldet, noch in Berlin. Das genannte Blatt will wissen, daß Hr. Declercq noch immer hoffe, die wichtige Angelegenheit zu einem erwünschten Ende zu führen.

Döllingers Buch über das Papstthum, schreibt die „N.Y.“, hat in Paris nach allen Seiten hin überrascht. Die revolutionären Blätter haben nicht so viel „Gutes“ und die katholischen Blätter haben nicht so viel Schlimmes von dem gelehrten Theologen erwartet. Der „Tamps“ macht sich aus der Schrift eine Waffe gegen die weltliche Macht des Papstes, und der „Monde“ bemerkt, daß das Buch unter den gegenwärtigen Umständen ein wahrer Scandal sei.

Die „Gazette de France“ läßt sich aus Neapel unterm 16. d. schreiben: „Eine hohe preussische Persönlichkeit ist in Neapel angekommen, um die Lage des Landes zu studiren und ihrer Regierung über das, was sie sieht, Bericht abzugeben. Die angesehensten unserer Mitbürger, denen die Autonomie und die Unabhängigkeit ihres Vaterlandes am Herzen liegt, sind auf das preussische Consulat gegangen und haben ihre Karten abgegeben.“ Die Zahl der Betreffenden wird auf 7000 geschätzt. Der preussische Consul in Neapel ist bekanntlich ein eifriger Bourbonist.

Wie die „Stalie“ vernimmt, befindet sich augenblicklich Prinz Oscar von Schweden incognito in Mailand. Man glaubt, er werde sich nach Turin begeben.

In Turin soll zwischen Herrn Benedetti und dem englischen Gesandten, Sir James Hudson, ein intensiver diplomatischer Kampf ausgebrochen sein. Sir J. Hudson unterstützt den Baron Ricafoli.

Auf den Wunsch Garibaldi's hat das Comitato del provento, welches in Genua seinen Sitz hat, beschlossen, in Kurzem ein neues Blatt herauszugeben, dessen politisches Programm durch seinen Titel „Rom und Venedig“ hinlänglich erklärt wird.

Die Fürstenthümerfrage ist nach dem „Pays“

noch nicht erledigt. Man verhandelt darüber fortwährend in Constantinopel, jedoch mit solcher Sammeligkeit, daß man das Eintreten einer definitiven Lösung gar nicht absehen könne.

Aus Constantinopel, 16. d., wird dem Neutürkischen Bureau gemeldet: „Auf Vorschlag Sir Henry Bulwers hat die Pforte an die Vertreter der fremden Staaten eine Note gerichtet, in welcher sie in die Vereinigung der Donaufürstenthümer während Lebzeiten des Fürsten Gusa willigt. Im Allgemeinen ist die Neigung vorhanden, dies als eine endgültige Lösung der Frage anzunehmen. Riza Pascha weigert sich, die Stelle als Gouverneur von Koniah (Zonium) anzunehmen, und wird deshalb nach Cypern verbannt werden. Zwischen Omer Pascha und dem Fürsten von Montenegro sind Unterhandlungen angeknüpft worden, welche einige Aussichten auf eine Beilegung der Zwistigkeiten zwischen der Türkei und Montenegro gewähren.“

Die im Haag eingetroffenen telegraphischen Nachrichten aus Ostindien, welche bis zum 14. October reichen, lauten im Allgemeinen auch aus Banjerma'sing günstig; einer der aussändischen Häuptlinge hat sich unterworfen.

Der Corr. Havas-Bullier zufolge haben die Engländer die Dhalakinseln im rothen Meere wenigstens provisorisch in Besitz genommen. Auf der größten Insel ist die britische Flagge aufgespiant worden.

IT Krautau, 27. November.

Die „Gazeta Lwowska“ schreibt: Lemberg, 22. November. Die Hauptgrundlage eines jeden, also auch eines constitutionellen Staates, ist Gesechlichkeit. Die Achtung für die bestehenden gesechlichen Verordnungen und Vorschriften ist Hauptpflicht eines jeden Bürgers und Hauptbedingung der gesechlichen Ordnung und der gesechlichen Entwicklung der socialen Kräfte. Ein mächtiger Hebel derselben ist der Nationalgeist, insofern er sich auf gedachter Grundlage entwickelt und jeder Bürger sich zu gedachter Pflicht bekennt. Er muß sich in den gesechlichen Schranken entwickeln, sonst artet er in Anarchie aus. Jede Ueberschreitung der gesechlichen Vorschriften muß aber die Verantwortlichkeit der Uebersreiter zur Folge haben, sonst werden jene Vorschriften nicht nur zum toden Buchstaben, sondern ihre Nichtbeachtung von Seiten der öffentlichen Organe untergräbt die Autorität des Geseches und öffnet der Willkühr und Gesechlosigkeit Thür und Thor.

Einer solchen Uebersreitung jener Vorschriften macht sich jeder schuldig, wer ungeachtet der von der Regierung publicirten Warnung bei religiösen Feiern an der Abingung von Liedern Theil nimmt, deren Inhalt der bestehenden Regierung feindlich und deren Abingung während solcher gesechsfestig verboten ist. Niemand darf also den vollziehenden Organen verargen, wenn sie, den bestehenden Vorschriften gemäß, diese Uebersreitungen gerichtlich untersuchen und die Schuldigen zur Verantwortlichkeit ziehen. Im Gegentheil muß es Pflicht jedes einzelnen um die Erhaltung der gesechlichen Ordnung, dieses Fundamentes der socialen Existenz, besorgten Bürgers, besonders Pflicht der Organe der öffentlichen Meinung sein, das Publicum, ohne je die Rücksichten der Popularität in Rechnung zu ziehen, von solchen eigenmächtigen Uebersreitungen der gesechlichen Vorschriften abzuhalten und auf die verderblichen Folgen hinzuweisen, welche jene für Einzelne wie für die Gesammtheit nach sich ziehen können. Diese Ansicht that schon kürzlich die „Gazeta Lwowska“ kund und wiederholt sie heute.

Mit andern Augen blickt auf die öffentliche Sache der „Dziennik polski“, wenn er in einem Artikel seiner Nummer vom 20. das Verfahren der geistlichen Organe verdammt, welche in Vollziehung der gesechlichen Vorschriften diejenigen zur Verantwortlichkeit ziehen, welche trotz der veröffentlichten amtlichen Verwarnung bei kirchlichen Feiern von der Regierung verbotene Lieder singen. Der D. P. geht von dem irrigen Grundsatz aus, als ob das Absingen solcher Lieder eine natürliche und so zu sagen nothwendige Offenbarung des nationalen Geistes angeht, des sich in Oesterreich entwickelnden constitutionellen Lebens sei. Dabei identificirt der D. P. das Absingen verbotener Lieder, also die Ausübung von politischen Demonstrationen in den Kirchen mit der Religion selbst und nennt die Bestrafung dieser Uebersreitungen durch gerichtliche Behörden ein Eingreifen in das Recht des Glaubensbekenntnisses der Einzelnen, fürchtet sogar, das Verfahren der Behörden werde die Grundpfeiler der katholischen Kirche erschüttern.

In wie weit eine derartige Beurtheilung der

Verhältnisse unseres Landes irrig ist, wie viel Uebles sie in ihren weitern Folgen auf die Bewohner des Landes heraufbeschwören kann, hat sich der D. P. bei Veröffentlichung des gedachten Artikels wohl nicht überlegt. Wahrlich es wäre traurig, wenn der Nationalgeist sich nicht anders manifestiren könnte, als durch Absingung verbotener Lieder, wenn die constitutionelle Entwicklung in Oesterreich von der straflosen Ueberschreitung der gesechlichen Vorschriften abhängig wäre, wenn endlich die Pfeiler der katholischen Kirche wanken sollten, weil zur Verantwortlichkeit diejenigen gezogen werden, welche die Kirche zum Schauplatz politischer Demonstrationen machen.

Der erwähnte Artikel des D. P. mag ihm in gewissen Kreisen Popularität bringen, allein er wird, davon sind wir überzeugt, kein Lob finden bei bedachtsamen und nüchtern denkenden Bürgern, welche auf die Entwicklung des nationalen Geistes auf Grund der uns durch die Gnade des Monarchen ertheilten constitutionellen Freiheiten wünschen, wird gleichfalls keinen Anklang finden bei den wahrhaft Religiösen, welche das Bekenntniß des katholischen Glaubens nicht in Abhängigkeit von durch die Regierung verbotenen Liedern erblicken und welche die Kirche nicht für den passenden Ort halten zur Abhaltung von politischen Demonstrationen.

Verhandlungen des Reichsrathes.

Sitzung des Hauses der Abgeordneten vom 25. Nov.

In der Fortsetzung der Debatte über das Gesech zum Schutze der persönlichen Freiheit stellt Baron Riese-Stallburg zu §. 3 (Freigeibung des Verhafteten oder Ablieferung desselben an die zuständige Behörde binnen 48 Stunden) einen Zusatz antrag des Inhaltes, daß die bestehenden Geseche wegen der Ausweisung von Ausweis- und Arbeitslosen nicht geändert werden mögen. (Unterstützt.)

v. Waidele will auch die Fälle vorsehen wissen, in denen die behördliche Zuständigkeit binnen der bestimmten Frist nicht ermittelt werden kann, wobei jedoch die anhaltende Behörde für jedes Saumial verantwortlich gemacht werden soll. (Unterstützt.)

v. Mende beantragt eine genaue Definition der behördlichen Zuständigkeit. (Unterstützt.)

Se. Excellenz der Herr Polizeiminister bemerkt, daß eine Verweisung der Amendements an den Ausschuss angezeigt sein dürfe; der Abg. Grünwald, Berichterstatter, will die Verweisung sämtlicher Amendements.

Die Abstimmung über die Frage, ob die Amendements an den Ausschuss zu leiten seien, ergibt ein zweifelhaftes Resultat; nach der Abstimmung mittelst Namensruf wird die Verweisung an den Ausschuss mit 86 gegen 76 Stimmen abgelehnt; der Ausschussantrag mit dem Amendement Mende angenommen.

Zu §. 4 und 5 stellt Kromer Abänderungsanträge, im Wesentlichen dahin gehend, daß jeder betreffende Mißbrauch der Amtsgewalt nach dem §. 101 des St. G. B., eventuell nach den §§. 332, 331 und, im Falle der Wiederholung, mit Amisensetzung zu bestrafen könne; Siskra verteidigt den Ausschussantrag, dessen §. 4 angenommen wird.

Zu §. 5 beantragt Riehl, daß dem in seiner Freiheit widerrechtlich Verletzten die Möglichkeit einer Schadloshaltung auf dem Civilrechtsweg seitens des betreffenden Beamten vermittelt werde. (Unterstützt.)

Siskra bezieht den Antrag Riehl als überflüssig.

§. 5 wird in der Fassung des Ausschussantrages angenommen; er lautet somit:

§. 5. Jede in Ausübung des Amtes oder Dienstes gegen die vorstehenden Bestimmungen vorgenommene Beschränkung der persönlichen Freiheit ist im Falle des bösen Vorsatzes als Verbrechen des Mißbrauches der Amtsgewalt, außerdem aber als ein Vergehen mit Arrest bis zu Einem Jahre und im Wiederholungsfalle auch mit Amtes- oder Dienstentsetzung an dem Schuldtragenden zu bestrafen.

Die nicht gehörige Mittheilung des richterlichen Befehles wird als Uebersreitung mit Arrest bis zu einem Monate oder mit Geldstrafe bis 100 fl. ö. W. bestraft.

Abgeordneter Dr. Herbst über den §. 6, lautend: §. 6. Jeder Angeschuldigte muß gegen Cautio oder Bürgschaft für eine vom Gerichte mit Rücksicht auf die Folgen der strafbaren Handlung, der Verhältnisse der Person des Verhafteten und das Vermögen des Sicherstellenden zu bestimmende Summe aus der Untersuchungshaft entlassen werden, in soferne nicht

dringende Anzeigen eines Verbrechens, dessen Begehung wenigstens mit fünfjähriger Kerkerstrafe bedroht ist, vorliegen. Der höhere Gerichtshof kann auch im letzteren Falle die Vernehmung auf freien Fuß versetzen.

Dieser Paragraph sei der ersprießlichste im ganzen Gesetze. Es sei ein Mangel des Gesetzes, daß es sich bloß auf die Aufhebung der Untersuchungshaft beschränkt. Nach dem Strafgesetze sei auch von Abwendung der Untersuchungshaft, die erst vollzogen werden soll, die Rede. Die Entlassung gegen Caution soll sich nur auf jene Fälle beschränken, wo Fluchtverdacht vorhanden ist. Der Fall des öffentlichen Aergernisses, wo Jemand in Untersuchungshaft gebracht werden kann, sei durch die Caution nicht beseitigt. In diesen Fällen sei die Untersuchungshaft ganz zu beseitigen. Die Collusionshaft, d. h. jene, wo die Furcht vor Vereitelung der Untersuchung vorhanden ist, diese ist nach dem Gesetze zulässig. Auch hier nützt die Caution nichts. Die Aufhebung derselben gegen Sicherheit wird von keinem Rechtsfreund verlangt.

Uhlfeld habe gesagt, die Collusionshaft sei schlecht, dann aber müsse man sie für Alle abschaffen, nicht bloß für Jene, die Geld haben. Er wolle also die Untersuchungshaft gegen Caution nur dann aufheben, wenn Fluchtverdacht die Haft herbeiführt. Der Fall des öffentlichen Aergernisses aber hat keinen Rechtsboden, er ist nur da, um Lynchjustiz zu verhindern, aber es sei seltsam, daß man Jemanden einsperrt, damit ihm Nicht geschehe.

Die Gehör der vereitelten Untersuchung aber hat einen Zeitpunkt, wo sie aufhört, und da soll auch die Untersuchungshaft aufhören. Dieser Fall hängt mit dem ganzen System der Strafprozedur zusammen, aber keineswegs darf die Befreiung davon ein Privilegium der Reichen sein. Er beantragt Zusatzartikel vor §. 6 einzuschalten: „Wegen öffentlichen Aergernisses ist keine Untersuchungshaft gestattet.“ Die Bestimmung des §. 6 beschränkt sich bloß auf Fluchtversuch. Sie habe sich ebensowohl auf Vernehmung als auf Untersuchungshaft zu beziehen.

Diese Bestimmung hat nicht bloß auf Entlassung aus der Haft, sondern auch auf die Abwendung der Haft Anwendung.

§. 7. Die Caution verfällt, wenn sich der Angeeschuldigte ohne Erlaubnis entfernt und nicht binnen drei Tagen stellt.

§. 8. Wenn der Angeeschuldigte Ansuchen zur Flucht trifft oder neue Gründe zur Verhaftung vorkommen. Ist er verhaftet, so wird die Cautionssumme frei.

Präsident stellt Änderungen der Stylistik des §. 6, wodurch die Herbstlichen Anträge mitinvolvirt werden.

Rechtsbaur. Einer der wundensten Flecke der Strafprozedur scheint ihm die Untersuchungshaft. Jeder Beschuldigte kann nach diesem Gesetze in Untersuchungshaft gehalten werden.

Er führt dann einen Fall an, wo 3 Personen 18 Monate inhaftiert, dann 2 freigesprochen und die Dritte auf drei Wochen verurtheilt wurde, daher stellt er den Antrag zu dem Paragraphen, daß die Untersuchungshaft wegen Vereitelung der Untersuchung nicht über 20 Tage ausgedehnt werden könne.

Alle eingebrachten Anträge werden dem Ausschusse zugewiesen. Sodann wird die Sitzung geschlossen.

Nächste Sitzung Mittwoch.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 25. N. v. Se. Maj. der Kaiser hat heute Vormittag Audienz ertheilt, sodann mehrere Generale, darunter den FML. Grafen v. Nobili, und später den siebenbürgischen Hofkanzler Minister Grafen Radasky und den Jurex curiae Grafen Apponyi empfangen.

Die finanziellen Vorschläge des Herrn Finanzministers, sowie das Budget für das Jahr 1862 befinden sich bereits in der k. k. Staatsdruckerei.

Der „Schl. Anz.“ meldet: Kurz vor Schluß des Blattes erhalten wir die überraschende Nachricht, daß der Bielitzer Gemeinderath in Folge arger Bervürnisse in der dortigen Gemeindevertretung in corpore seine Entlassung eingeklagt habe.

Das Generalconsulat für Serbien in Belgrad wird, wie eine der Wiener Localcorrespondenzen wissen will, aufgehoben werden.

Deutschland.

Die „Allg. Preuß. Ztg.“ vom 25. d. erklärt die Aeußerung eines Blattes, daß die liberalen Elemente des Ministeriums durch den Ausfall der Wahlen freieren Spielraum erhalten würden, für unglaublichen Leichtsinns. Frh. v. Schleinitz hat jedes Mandat abgelehnt. Die Conservativen haben beschlossen, ein Zusammengehen mit den gemäßigten Liberalen abzulehnen.

In fortgesetzter Berathung des katholischen Kirchengesetzes in der zweiten württembergischen Kammer wurden die Artikel 8—10 zurückgestellt, weil sie die kirchliche Ehegerichtsbarkeit behandeln, bei deren Berathung der Justizminister anwesend sein will, aber zu erscheinen verhindert ist. Die Berathung ist bereits bis zum Artikel 14 gelangt.

Frankreich.

Paris, 23. November. Die Gäste der zweiten und dritten Serie werden morgen oder übermorgen von Compiègne zur Abreise. Man bemerkt, daß Lord Cowley und die übrigen Mitglieder der englischen Gesandtschaft, welche in die dritte Serie eingegriffen waren, von der Einladung keinen Gebrauch gemacht haben. Graf Kisseff geht wahrscheinlich mit der vierten Serie nächsten Montag an das kaiserliche Hoflager. Auch Herr Billault und Herr von Persigny sind in dieselbe eingegriffen. General Boyon und Marquis Lavalette haben gestern bei Herrn Thouvenel gesprochen. Letzterer hat in Compiègne mit dem Kaiser die

Rede festgestellt, welche er in feierlicher Empfangs-Audienz an den Papst halten wird. — General Boyon reist heute Abend nach Rom zurück. Die Abreise des französischen Gesandten beim päpstlichen Stuhl, Marquis von Lavalette, soll bis zum Montag erfolgen. — Der Bischof von Nîmes hat sich bei dem Kultusminister darüber bedankt, daß dieser sein Antwortschreiben vom 8. gleich Tags darauf im „Moniteur“ habe abdrucken lassen; indessen hat er auch in dieser dankenswerten Zuschrift gegen die „harte Beurtheilung“ des Herrn Ministers an „die drei großen Gerichtshöfe“ appellirt, welche sicherlich ein losprechendes Urtheil fällen würden, nämlich an die öffentliche Meinung der katholischen Welt, an die Kirchengeschichte und an das Gericht Gottes. Als der Prälat vorgestern von einer Pastoral-Rundreise nach Nîmes zurückkehrte, erlebte er einen wahren Triumph. Die Bevölkerung begleitete ihn unter Bivatrufen bis in die Cathedrale und sein Wagen war von Blumen und Lorbeerfränzen ganz bedeckt. Die Polizei war in Masse auf den Beinen, ohne jedoch diese Demonstration verhindern zu wollen. — Herr Ernest Baroche, Sohn des Staatsraths-Präsidenten, der von einer längerer, wie es heißt, erfolgreichen Mission aus Amerika zurückgekehrt ist, soll wiederum in handelspolitischen Aufträgen, die für das Gelingen des Suezkanal-Unternehmens von großem Interesse sein könnten, nach Aegypten gehen. — Das Journal „La Tribune“ ist wegen Erregung von Haß und Mißvergnügen gegen Regierung und Staatsbürger in seinen Drucken und Redactoren zu Gefängniß- und Geldstrafen verurtheilt worden. — Hr. Fould war gestern Morgens mit dem Polizei-Präsidenten und dem Syndikus der Börse insale i. B. Börsengebäude, um wahrscheinlich die politischen Vorschriften-Maßregeln anzuordnen, welche das in Folge der Beseitigung der Drehkreuze zu erwartende Herbeiströmen des so lange von der Börsehalle ausgeschlossenen Publikums möglich macht.

Der „Constitutionnel“ brachte gestern beruhigende Versicherungen über die Gefahren der schwebenden Schuld. Sie hängen nicht wie ein Damokles'scher Schwert, das jeden Augenblick heruntersinken könne, über den kaiserlichen Finanzen. Nur ein sehr geringer Theil sei auf sich selbst, so die laufenden Rechnungen, die Beträge der Sparkassen, die Schatzkassen, etwa 400 Millionen im Ganzen. Die Rückzahlung der Sparkassen decken sich durch tägliche Einlagen, die Schatzkassen hätten Verfallzeiten von 3, 6 und 12 Monaten. Die übrige Schuld sei durch die Fonds der Gemeinden und der öffentlichen Anstalten, durch die Vorkäufe der Generalanleihe u. c. gebildet. Diese sei beinahe vollständig immobilisirt und belaufe sich auf etwa 400 Millionen. Der „Constitutionnel“ findet überhaupt nur ein Decouvert von 860 Millionen im Ganzen. Ueberhaupt sei diese gefährdete schwebende Schuld eine normale, notwendige Sache, die eine vernünftige Verwaltung wohl in billigen Schranken halten, aber nie ganz abschaffen könne. Es könne keine öffentliche Kasse, so wenig wie ein Privatmann, Tag um Tag ihre Ausgaben berichtigen. Die Ausgaben des Staates würden von 3 zu 3 Monaten begahit, was also bei einem Jahresbudget von 1900 Millionen ungefähr eine stets disponible Summe von 475 Millionen erfordere. „Die Lage des Schatzes“, versichert Herr Vitu, „ist so beruhigend, als nur möglich. Die Baarvorräthe nehmen in bemerkenswerthem Verhältnisse zu, und alle einzelnen Verwaltungszweige sind reichlich versehen. Nach unserer Ansicht hat man sich nur um die Konsolidirung der schwebenden Schuld, wie um eine Operation Sorge zu machen, die man eines Tages ausführen wird, und zwar in noch hypothetischen Verhältnissen und Formen welche am rechten Ort und zur rechten Zeit das öffentliche Vertrauen, diese Quelle jeglichen Credits, festzusetzen haben wird.“

Die heutige „Patrie“ sagt: Eine Entwaflnung sei für die Flotte so wenig beabsichtigt, wie für die Landarmee. Die Marine-Verwaltung suche das Budget zu erleichtern ohne den Effectivbestand der Flotte zu vermindern. Man werde deshalb nur einzelne Schiffe, wie die kaiserl. Yachten „L'Aigle“ und die „Reine Hortense“, deren man für den Augenblick nicht bedürfe, in Reserve geben. Ueber eine Veränderung im Bestand des Mittelmeergeschwaders sei noch keine bestimmte Entscheidung getroffen. Jedensfalls sei die Ersetzung einiger Linienschiffe durch ebenso viele Panzerfregatten eher eine Verstärkung als eine Verringerung der Streitkräfte zur See.

Vater Lacordaire, der schon einmal todt gesagt worden war, ist nun den so eben eingetroffenen Nachrichten zufolge wirklich gestorben.

Die Angelegenheit der Conferenzen des h. Vincenz v. Paula ist noch keineswegs geordnet. Das Central-Comité ist noch durchaus nicht entschlossen, um die erforderliche Ermächtigung nachzusuchen; ein großer Theil der Mitglieder stimmt dafür, die willkürliche Auflösung (nach dem Beispiel der drei Localconferenzen in Rennes) ruhig hinzunehmen und sich, sei es in Brüssel oder im Haag, zu reconstituiren. Der Präsident, Hr. Beaudo, ein eben so angesehenener als reicher Mann, der, wie man versichert, jährlich nicht weniger als 70—80,000 Fr. für mildthätige Zwecke verwendet, hat sich für diesen Fall bereit erklärt, nach Brüssel überzusiedeln.

General Miramon, ehemaliger Präsident der Republik Mexiko, sollte am 24. d. von Marseille aus die Rückreise in die Heimat antreten. Das Project des General Miramon, schreibt das „Pays“, ist in das Innere Mexiko's zu dringen, um gegen die Regierung von Juarez zu kämpfen. Der General Miramon ist entschlossen, mit Spanien, Frankreich und England Hand in Hand zu gehen, die der mexicanischen Ordnungspartei zu Hilfe gerufen sind und sie im Vereine mit seinen politischen Freunden (den Schwarzen) zu unterstützen, wenn es sich darum handelt, die Fragen in Betreff der Form der Regierung und der Kandidaten, den man vorschlagen wird, zu lösen.

Schweiz.

In der „Sentinelle in Jura“, dem französischen Blatte, das die Nachricht, Frankreich werde sich der Ausübung antlicher Funktionen seitens der waadt-länder Behörden im Dappenthal, von nun an, wenn nötig, selbst mit Waffengewalt, widerlegen, zuerst brachte, wird heute behauptet, nicht Frankreich, sondern die Schweiz habe sich dort eine Gebietsverletzung zu Schulden kommen lassen. Allerdings hätten drei französische Soldaten von der Garnison des Forts les Rousses auf einem Ausflug nach dem Dappenthal in einer Schenke Excese begangen, so unter Andern auch den Wirth derselben verwundet; dafür seien sie jedoch von ihrem Commandanten exemplarisch in Strafe gezogen worden. Eben so wahr sei es aber auch, daß der Präfect von Nyon nebst noch 4 andern waadt-länder Beamten und einem Gendarmen, welche sich an Ort und Stelle verfügt, um jene Excese des Näheren zu ermitteln, bei dieser Gelegenheit die französische Grenze überschritten hätten. Nach dem, was in dieser Angelegenheit verlautet, scheint es fast, als ob man jetzt in Paris den Spieß umkehren will.

Spanien.

Aus Madrid, 22. November, wird gemeldet: Gestern ist der Handelsvertrag mit Marokko unterzeichnet worden. Muley el Abbas ist abgereist. Der Arbeits-Minister hat seine Demission eingereicht. Der Minister des Innern übernimmt provisorisch das Arbeits-Ministerium. Herr Pacheco hat im Senat begonnen, das politische Verhältnis mit Mexiko in unverständlicher Weise zu erklären. Im Senat wird ferner die Antwort auf die Thronrede mit großer Lebhaftigkeit diskutiert.

Portugal.

Das Leichenbegängniß des Königs Dom Pedro V. fand am 16. d. statt. Die Theilnahme des Volkes, welche sich bei dieser Gelegenheit kund gab, war eine außerordentliche. Der König hat beschlossen, 8 Tage in Zurückgezogenheit zu leben und auf ein halbes Jahr Trauer anzulegen (3 Monate in tiefer Trauer und die übrigen 3 Monate in Halbt-rauer). Das portugiesische Volk hat dem verstorbenen Herrscher den Namen des „Belgeliebten“ (O muito amado) gegeben. Der Herzog von Saldaña hat die Sterbefakten empfangen. Ungeachtet seiner gefährlichen Krankheit hat man in der Hoffnung noch nicht aufgegeben, ihn zu retten.

Belgien.

Die belgische Repräsentantkammer hat am 21. d. in einer langen, theilweise sehr stürmisch bewegten Sitzung die Anerkennung des Königs Victor Emanuel als Königs von Italien weiter diskutiert. Nach einer mehrstündigen Rede des Herrn De Decker erhob sich Herr Rogier zur Entgegnung. Er richtete die Frage an Herrn de Decker: „Würden sie als Minister Italien anerkennen haben? Ja oder Nein?“ Herr De Decker antwortete: „In diesem Augenblicke noch nicht.“ Hierauf bemerkte Minister Rogier: „Damit ich also nachgewiesen, daß alle Ihre Argumente nichts als Schönrederei waren und auf keinerlei Prinzip beruhend; es handelt sich bei Ihnen bloß um eine Frage der Zeit, der Opportunität; was aber heute verderblich und ungerecht wäre, wird in zwei Jahren nicht besser sein; und deshalb haben wir, auf Grund der Interessen Belgiens, Italien heute, vielleicht nur zu spät, anerkannt.“ Herr Rogier erinnerte daran, daß Belgien selbst zuerst den Wiener Verträgen zuerst den Stof verleiht und daß es gleichfalls in seiner Revolution der fremden Hilfe bedurft habe. „Aber nicht eines Garibaldi!“ sagte Herr Dumortier. „Leider haben wir eine so großartige Figur nicht unser zu nennen gehabt.“ erwiderte Herr Rogier, „und bei dieser Gelegenheit muß ich mein Bedauern darüber ausdrücken, daß Herr Dumortier gestern einen mit Belgien befreundeten Monarchen (Victor Emanuel) in so höchst ungeziemender Weise besprochen hat.“ Diese Bemerkung gab zu einer heftigen persönlichen Erörterung zwischen dem Minister und Herrn Dumortier Anlaß.

Großbritannien.

Großes Aufsehen hat in Southampton die Ankunft des dem südlichen Sonderbunde angehörigen amerikanischen Kriegsdampfers Nashville gemacht, welcher am 21. d. früh, die Fahne der Confederation hoch auf dem Mast wehen lassend, in den dortigen Hafen einlief. Er hatte vorgestern Morgens den Union's-Kaufahrer Harvey Birch nahe bei der Einfahrt in den Canal aufgebracht, die Mannschaft gefangen, an Bord genommen und dann das gecaperte Schiff verbrannt. Die Mannschaft ward in Southampton freigelassen. Der Nashville ist ein Schiff von 1120 Tonnen Last, wird von Capitän Peagram befehligt und hat ein 80 Mann starkes Schiffsvolk, lauter Weiße, meistens Engländer und Irländer. Er ist bloß mit 2 langen gezogenen Zwölfpfündern armirt. Das Schiff hatte gegen Ende October im Hafen von Charleston am Witternacht, wo es nahe am Ufer unbedeckt bei zwei Union's-Kreuzern vorbeifuhr, die Blockade gebrochen und unterwegs, um Kohlen einzunehmen, in Bermuda angelegt, wo der Capitän, wie er ausfragt, von Seiten des dortigen Gouverneurs alle mögliche Aufmerksamkeit und Zuvoorkommenheit empfand. Das gecaperte Schiff Harvey Birch (Capitän Nelson) war ein Fahrzeug von 1487 Tonnen amerikanischen Mastes und sein Bau hat ungefähr 125,000 Dollars gekostet. Als Capitän Peagram den Harvey Birch aufbrachte, ließ er der Mannschaft sagen, sie möge ihre Habseligkeiten so schnell wie möglich zusammenpacken, wozu er eine Frist von 1 1/2 Stunden gestattete, da er das Schiff zu vernichten beabsichtige. Die Leute des Caperschiffes nahmen den größten Theil des Proviants, so wie Chronometer und Barometer des Schiffes und einige der Seekarten an sich, ließen jedoch dem Capitän Nelson seinen eigenen Chronometer. Nichts desto weniger läßt derselbe verschiedene Effecten, als Bücher, Karten, u. zum Werthe von 1200—

1400 Dollars ein. An Bord des Dampfers Nashville wurden die Gefangenen mit Ausnahme des Capitans und Bootmanns, welche beide die rückständigste und höchlichste Behandlung erlitten, in Fesseln geschlagen. Es heißt, ehe dies geschehen, habe man den Leuten zugemuthet, der conföderirten Regierung Treue zu schwören. Capitän Nelson sagt, er wisse nichts davon; doch möge sich die Sache wohl so verhalten. Gleich nach der Landung begab sich Nelson zum Capitän Britton, amerikanischen Consul in Southampton, der die Schiffmannschaft vorläufig in der Matrosen-Herberge unterbrachte und Anstalten traf, sie auf einem am nächsten Mittwoch abgehenden Dampfer nach New-York zurückzuführen. Außerdem setzte der Consul Herrn Adams, den amerikanischen Gesandten in London, von dem man den Sachverhalt in Kenntniß. Derselbe hat sich nach London begeben. Die Landung des Nashville in Southampton und die Aussetzung von sogenannten Kriegsgefangenen dafelbst wird von Manchen als ein Bruch der königlichen Neutralitäts-Proclamation betrachtet.

Stalien.

Die amtliche Turiner Zeitung vom 20. d. M. bringt das k. Dekret, womit im Königreich Neapel die Mönchs- und Nonnenklöster aufgehoben werden; ausgenommen sind nur jene Klöster, deren Bewohner sich mit dem Unterrichte, der Krankenpflege und an deren gemeinnützigen Werken betheiligen.

Aus Neapel, 12. Novbr., wird geschrieben: Die Truppen des Generals della Ghisa sind noch immer in Salerno eingeschlossen. Vier Bataillone Piemontesen rückten aus Avellino aus, um die Vereinigung der royalistischen Colonnen dieser Provinz mit jenen, die aus der Basilicata kommen, zu hindern, wurden aber zum Rückzug gezwungen. Die jüngsten Berichte melden, daß neue Calabresische Truppen (Royalisten) in der Basilicata ankommen und auf Potenza marschiren. In Trevigno, einer Stadt von 16,000 Seelen, wollte man ihnen den Durchzug wehren, aber ein Ultraliberaler schreibt aus Potenza vom 6. d. Folgendes: Bei finsterner Nacht hat die Vorhut der Calabresischen Banden und jener der Capitanata die Stadt Trevigno von der Seite des Calvarienberges betreten. Sie wurden von dem königlich gesinneten Volke mit Enthusiasmus empfangen, aber denken Sie sich die Verwirrung und den Schrecken der Revolutionäre! Die Mehrzahl derselben suchte das Weite, ohne zu wissen wohin, einige, die mehr Muth hatten, gaben aber Feuer von den Balkons ihrer Häuser. Sie wurden getödtet und ihre Häuser niedergebrannt, so wie auch die Häuser einiger anderer Personen, von denen man wußte, daß sie beständig die Piemontesen unterstützt hatten. Die Reactionäre besetzten dann einige benachbarte Dörfer, wie Albano und Castelmazzano. Die Truppen, welche von Potenza her kamen, wurden geschlagen und gefangen. In der Stadt Anzi erwartet man mit Ungeduld die Royalisten, denn sie ist nicht mehr so revolutionär gesinnt, wie im August vorigen Jahres. Die Banden, welche Trevigno besetzten, waren von einem höheren Offiziere befehligt, der Generalsuniform trug. Alle Magazine wurden dem Volke geöffnet, unter welcher man Getreide und Lebensmittel aller Art vertheilte. Der bourbonische General zahlte den Preis dieser Waaren an die Eigenthümer, und alles rief: es lebe Franz II.!

Der „A. S.“ wird aus Livorno, 18. d. geschrieben: In Potenza wurden nach eben eingetroffenen Nachrichten fünf Spanier verhaftet. Zwei derselben, welche mit den Waffen in der Hand ergriffen, wurden sofort erschossen, die andern in das Gefängniß geschleppt. Ferner wurde der Marquis v. Bressan di Mamureiner, einer der ersten Familien Belgiens angehörig, mit den Waffen in der Hand ergriffen. Lamarmora ließ ihn auf der Stelle erschießen.

Ueber die Mission Lürz's nach Caprera wird der Triester Zeitung aus Genua, anscheinend von wohlunterrichteter Seite, geschrieben: Zwei Punkte waren es hauptsächlich, welche den Gegenstand derselben bildeten. Beunruhigt von dem Vorgehen der Actionspartei, welche zur Erreichung ihrer Zwecke den Namen Garibaldi in den Vordergrund stellte, beauftragte Victor Emanuel Lürz, Garibaldi das Gefährliche der Lage Italiens vorzustellen, wenn die Regierung durch ein unüberlegtes Handeln jener Partei gezwungen würde entweder gegen dieselbe mit aller Kraft aufzutreten oder sich durch sie zu Unternehmungen hinreißen zu lassen, welche durch ihre Ueberzeugung Italien nothwendiger Weise dem Verderben zuführen müßten. Garibaldi ließ sich auch überreden, sich nicht nur an keinem Unternehmen zu betheiligen, welches eine vorzeitige Lösung der römischen und venetianischen Frage beabsichtigte, sondern auch allen seinen Einfluß zu verwenden, um die erbißten Gemüther zu beruhigen und dieselben von unüberlegten Schritten abzuhalten. Der zweite Theil der Mission Lürz's bezog sich auf die Formirung und Zusammenstellung der Freiwilligencorps. Louis Napoleon hatte nämlich der Regierung Victor Emanuel's zu bedenken gegeben, daß eine vollständige Aufstellung von vier Freiwilligendivisionen, wie dieselbe ursprünglich beabsichtigt war nur Europa vorzeitig alarmiren und der Regierung Italiens selbst Verlegenheiten der ernstesten Art bereiten könnte. Lürz sollte Garibaldi zu einem mezzo termine bewegen, und auch dieses gelang. Garibaldi erklärte sich nämlich befriedigt damit, daß einstweilen bloß die Coeres dieser Freiwilligendivisionen aufgestellt werden. Garibaldi ließ sich sogar zu dem Versprechen herbei, seiner Zeit das Commando über die vereinigten vier Freiwilligendivisionen zu übernehmen, unter der Bedingung, daß er damit selbstständig operiren dürfe, was zugesagt wurde. Weniger glücklich war Lürz in seinem Bemühen, Garibaldi an die ungenüßliche Freundschaft Louis Napoleons für Italien glauben zu machen. Der General beharrt in diesem Punkte auf seinen bisherigen Ansichten und geht sogar so weit, Ratazzi zu misstrauen, weil er ihn zu sehr mit Napoleon engagirt glaubt. In dieser Rich-

3. 6460. civ. Edict. (3354. 1-3)

Vom K. k. Kreisgerichte wird kund gegeben, es habe Leifer Engelberg wider Wolf Rosenbluth aus Lezajsk Biergerichte eine Klage auf Zahlung der Wechselforderung pr. 700 fl. ö. W. f. N. G. eingeleitet...

3. 614. Edict. (3357. 1-3)

Vom k. k. Bezirksamte als Gerichte zu Kolbuszów wird bekannt gemacht es sei am 26. October 1821 Johann Bassara zu Czarna Nr. 31 ab intestato gestorben...

3. 100 c. ex 1866. Edict. (3356. 1-3)

Vom k. k. Bezirksamte als Gerichte zu Kolbuszów wird hiemit bekannt gemacht, es sei Gregor Magda zu Trzeszówka am 5. Jänner 1843 ab intestato verstorben...

L. 1916. c. Edikt. (3347. 1-3)

C. k. Urząd powiatowy jako Sąd w Krościenku podaje niniejszym edyktem do wiadomości, że dn. 28. Maja 1836 umarł w Czarniejwodzie bez zrobienia rozporządzenia ostatniej woli włościanin Jędrzej Wislocki...

N. 3000. Kundmachung. (3359. 1-3)

Vom k. k. Bezirksamte als Gerichte zu Przeworsk wird bekannt gemacht, daß auf Ansuchen des k. k. Handelsgerichtes zu Wien ddo. 29. December 1860 Zahl 86720 zur Befriedigung der von dem Großhandlungshaus J. A. Valero & Söhne gegen Hrn. Adam von Mizerski mit der Rechtskräftigen Zahlungsaufgabe vom 7. Juni 1859 Z. 43740 erstiegten Summe pr. 4200 fl. ö. W. sammt Zinsen, Gerichts- und Executionskosten die öffentliche Feilbietung der dem Hrn. Adam v. Mizerski laut lib. dom. Th. V. pag. 9 gehörigen Hausrealität Nr. 13/14 zu Przeworsk im Executionsweg in drei Terminen das ist am 14. und 28. Jänner 1862 ohne vorläufige Bestimmung des dritten Termins wegen des den Schätzungswert übersteigenden Schuldenstandes, jedesmal um 9 Uhr Vormittags bei diesem k. k. Bezirksgerichte vorgenommen werden.

Zum Ausrufspreise wird der gerichtlich erhobene Schätzungswert pr. 11,855 fl. 45 kr. angenommen mit dem Bemerkten, daß falls diese Realität bei dem ersten und zweiten Feilbietungstermine nicht um dem Schätzungswert angebracht wird, dieselbe nach Einvernehmen der Gläubiger, bei dem dritten festzusetzenden Feilbietungstermine auch unter dem Schätzungswerte hintangegeben werden würde.

Der Schätzungsact sowie die Licitations-Bedingnisse können h. g. eingesehen werden.

Vom k. k. Bezirksamte als Gerichte. Przeworsk, am 25. October 1861.

N. 3000. Obwieszczenie.

C. k. Urząd powiatowy jako Sąd w Przeworsku podaje do powszechnej wiadomości, iż na wezwanie c. k. Sądu handlowego w Wiedniu z dn. 29. Grudnia 1860 L. 86720 do zaspokojenia sumy przez dom handlowy J. A. Valero i synowie przeciw p. Adama Mizerskiego prawomocnym nakazem płatniczym, z dnia 7. Czerwca 1859 L.

43740 wywalozonej w kwocie 4200 zł. wal. a. wraz z procentami i kosztami sądowymi i egzekucyjnymi publiczna licytacja realności (kamienicy) pod N. 13/14 podług lib. dom. Th. V. pag. 9 p. Adamowi Mizerskiemu w Przeworsku należącej w drodze egzekucyi w trzech terminach t. j. na dniu 14. i 28. Stycznia 1862 bez wymienienia 3go terminu dla przewyższenia długów nad cenę szacunkową, każdą razą o godzinie 9. przedpołudniem w podpisany c. k. Sądzie się odbędzie.

Na pierwsze wywołanie ustanawia się cenę szacunkową 11,855 zł. 45 cent. z tą uwagą, że jeżeli na pierwszym i drugim terminie licytacyjnym cena szacunkowa osiągnięta nie będzie, przy ostatnim wyznaczony mającym terminie do egzekucyi pociągnięta realność po wysłuchaniu wierzycieli tabularnych niżej ceny szacunkowej sprzedana zostanie.

Akt oszacowania i warunki licytacyjne mogą być w tutejszym sądzie przejrzanemi.

Z c. k. Urzędu powiatowego jako Sąd. Przeworsk, dnia 25. Października 1861.

3. 45073. Kundmachung. (3387. 1-3)

In der Normalhaupts- und Unterrealschule bei St. Anna in Wien ist eine technische Lehrerstelle, mit welcher ein Gehalt von 630 fl. ö. W. und ein Quartiergeld von 126 fl. ö. W. verbunden ist, in Erledigung gekommen.

Bewerber um diese Stelle haben sich vorzugsweise über ihre Befähigung zum Lehramte für Chemie, Naturgeschichte, Physik und Zeichen auszuweisen und ihre an die k. k. n. ö. Statthalterei gerichteten Gesuche bis Ende November l. J. in der fürstbischöflichen Consistorial-Kanzlei zu überreichen.

Von der k. k. n. ö. Statthalterei. Wien, am 4. November 1861.

N. 45073. Obwieszczenie.

Przy głównej szkole normalnej i niższej realnej u św. Anny w Wiedniu została opróżniona posada technicznego nauczyciela, połączona z roczną płacą 630 zł. wal. a. i dodatkiem na stanicy w kwocie 126 zł. w. a.

Kompetenci o tę posadę mają się wykazać szczególnie ze swego uzdolnienia do udzielania nauk chemii, historyi naturalnej fizyki i rysunków i podanie swe stylizowane do c. k. n. ö. austr. Namiestnictwa wniesć do końca Listopada 1861 do książęco-arcybiskupiej kancelaryi konsystoryalnej.

Od c. k. n. ö. austr. Namiestnictwa. Wiedeń, dnia 4. Listopada 1861.

N. 4649. Kundmachung. (3342. 2-3)

Bei der k. k. Berg- und Salinen-Direction in Wieliczka wird am 14. December 1861 wegen Lieferung der Seilerarbeiten für die Salinen zu Wieliczka und Bochnia aus ärarischen Hanse auf der Grundlage der zuletzt für diese Lieferung gegen einen 25% Nachlaß gezahlten Tarifpreise, eine Licitation im Offertwege, u. z. sowohl auf ein Jahr d. i. von 1. Februar 1862 bis Ende Jänner 1863, als auch auf drei Jahre stattfinden.

Fachverständige Unternehmungslustige haben daher ihre Verfertigen von Außen mit den Worten: „Anbot auf die Seilerwerks-Artikel-Lieferung auf ein oder auf drei Jahre“ bezeichnen und mit einem Reuegeld von 120 fl. sage Einhundert zwanzig Gulden öst. W. versehenen Offerte bis zum 14. December l. J. um zwölf Uhr Mittags bei dem k. k. Amtsregistrator abzugeben und wenn sie der k. k. Berg- und Salinen-Direction unbekannt sind, ihre volle Eignung zu einem solchen Unternehmen legal nachzuweisen, dann in dem Offerte ausdrücklich zu erklären, daß sie die bezüglichen Lieferungs-Bedingnisse, welche in der k. k. Directions-Kanzlei zur Einsicht vorliegen, eingesehen haben und sich denselben genau unterziehen.

Auf nachträgliche oder den vorausgelassenen Anforderungen nicht entsprechende Anbote wird keine Rücksicht genommen.

Von der k. k. Berg- und Salinen-Direction. Wieliczka, am 14. November 1861.

L. 18541. Edikt. (3340. 1-3)

C. k. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. Romana Romualda Józefa trojga imion Jastrzębskiego, że przeciw spadkobiercom sw. p. Bonawentury Jastrzębskiego mianowicie p. Władysławowi Teofilowi 2 im. Jastrzębskiemu i p. Romanowi Romualdowi Józefowi 3 im. Jastrzębskiemu wniosli pp. Leon Lucki i Julian Lucki, pozew o zapłacenie sumy 718 złr. mk. i usprawiedliwienie prenotacji w stanie biernym 2/10 części wsi Chronowa dolnego uzyskanęj. W załatwieniu tegoż pozwu wyznaczono termin do rozpraw na dzień 27. Sierpnia 1861 i odroczone na dzień 17. Grudnia 1861 o godzinie 10. zrana.

Gdy miejsce pobytu współpozwanego p. Romana Romualda Józefa 3 imion Jastrzębskiego nie wiadome, przeto c. k. Sąd krajowy w celu zastępowania tegoż współpozwanego jak równie na koszt i niebezpieczeństwo jego tutejszego p. adwokata Dra Witskiego z zastępstwem pana Dra

Geisslera kuratorem nieobecnego ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem współpozwanemu aby w zwyż oznaczonym czasie albo sam stanął, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niego zastępcy udzielił, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrał i o tém c. k. Sądowi krajowemu doniósł w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony srodków prawnych użył w razie bowiem przeciwnym, wynikłe z zaniedbania skutki sam sobie przypisaćby musiał.

Kraków, dnia 23. Października 1861.

N. 10872. Kundmachung. (3361. 2-3)

Von der k. k. Finanz-Bezirks-Direction in Krakau wird bekannt gemacht, daß wegen Verpachtung der Versteuer vom Fleischverbrauche in dem Pachtbezirke Biata für die Zeit vom 1. November 1861 bis Ende October 1862 am 2. December 1861 die öffentliche Versteigerung bei der k. k. Finanz-Bezirks-Direction in Krakau abgehalten werden wird.

Der Ausrufspreis beträgt 5555 fl. 50 kr. und das Badium 556 fl. ö. Währ.

Die übrigen Bedingungen können hieramts, dann bei den k. k. Bezirksämtern und Finanzwach-Commissären des hiesigen Finanz-Bezirks eingesehen werden.

Krakau, am 18. November 1861.

L. 13770. Obwieszczenie (3338. 3)

C. k. Sąd delegowany miejski w Krakowie podaje do powszechnej wiadomości, iż Stanisław Krupinski, zegarmistrz rodem z okolic Krakowa, syn Feliksa Krupinskiego i Justyny z Madejskich małżonków, zamieszkały od lat wielu w Odessie, zeszedł tamże ze swiata dnia 4. Grudnia 1859 r. niezostawiając rozporządzenia ostatniej woli.

Gdy Sąd o sukcesorach zmarłego niema żadnej wiadomości, przeto wzywa niniejszem każdego, kto by z jakiegobądź tytułu do spadku tego prawo mieć miał, aby się w ciągu jednego roku od daty poniżej wyrażonej, do Sądu tego zgłosił i obok udowodnienia praw swoich, deklaracyą objęcia spadku wniosł; gdyż inaczey spadek ten, dla którego Sąd kuratora w osobie pana Notaryusza Żuk Skarszewskiego ustanowił, tylko tym, którzy obok wykazania tytułu do dziedzictwa, spadek obejmą przyznany, lub w razie, jeżeliby się nikt nie zgłosił, jako bezdziedziczny skarbowi publicznemu wydany będzie.

C. k. Sąd delegowany miejski. Kraków, dnia 13. Listopada 1861.

N. 8688. Obwieszczenie (3325. 3)

C. k. Sąd obwodowy w Przemyślu ogłasza niniejszym, iż w skutek podania Agnieszki Twardowskiej urodzonej Sosnowskiej ddo. 12. Października 1861 do l. 8688 o uznanie jej męża Jana Twardowskiego włościanina z Sliwnicy powiatu Dubiecko, któren wychodząc w Listopadzie 1852 r. z domu z Sliwnicy za zebranym chlebem w Pantalowicach obwodu Rzeszowskiego w skutek niedzy i głodu w ezopie gospodarza Wawrzynca Hawrysia 22. Listopada zycie zakończył miał, za umarłego celem zawarcia powtórných ślubów małżeńskich w tym względzie postępowanie przepisane zarządził i pana adwokata i doktora praw Dworskiego z zastępstwem pana adwokata i doktora praw Sermaka jako kuratora dla broniienia praw rzeczonoego Jana Twardowskiego postanowił.

Wzywa się przeto każdego, któren o zyciu lub smierci tegoż zgnionego jaka wiadomość ma, by o tém w przeciągu roku, licząc od dnia daty niniejszego edyktu, sąd tutejszy lub postanowionego kuratora o tém uwiadomić nieomieszkal.

Z rady c. k. Sądu obwodowego. Przemyśl, dnia 16. Października 1861.

N. 4980. Concurs-Ausschreibung. (3373. 2-3)

Zu besetzen die Einnehmerstelle, bei dem k. k. Salz-niederlagsamte zu Sierostawice in der X. Diätencasse, dem Gehalte jährlichen siebenhundert fünfundsreichig Gulden öst. Währ., freie Wohnung und dem Bezuge des systemmäßigen Salzdeputates von 15 Pfd. pr. Familienkopf und mit der Verbindlichkeit zum Erlage einer Caution im Betrage von 735 fl. ö. W.

Bewerber um diese Stelle haben ihre gehörig documentirten Gesuche unter Nachweisung des Alters, Standes, Religionsbekenntnisses, des sittlichen und politischen Wohlverhaltens, der bisherigen Dienstleistung, der erforderlichen Kenntniß in der Salzmanipulation, sowie genaue Kenntniß in Kassa- und Verrechnungswesen, Kenntniß der polnischen oder einer andern slavischen Sprache, die Cautionsfähigkeit und unter Angabe ob und in welchem Grade sie mit Beamten der k. k. Berg- und Salinen-Direction verwandt oder verschwägert sind, im Wege ihrer vorgeschriebenen Behörde bei dieser Direction binnen vier Wochen einzubringen.

Von der k. k. Berg- und Salinen-Direction. Wieliczka, am 22. November 1861.

Meteorologische Beobachtungen.

Table with columns: Datum, Höhe auf Baral., Temperatur nach Feintherm., Spezifische Feuchtigkeit der Luft, Richtung und Stärke des Windes, Zustand der Atmosphäre, Erscheinungen in der Luft, Ausweisung der Wärme im Laufe d. Tage.

Beim Bezirksamte Liszki wird am 30. November als dem 2. und am 14. December als dem dritten Termine die in Morawica sub Nr. 125/127 gelegene

Realität (Haus sammt Garten) zu Gunsten der Kirche zur heil. Katharina in Krakau veräußert. (3351. 3)

Wiener - Börse - Bericht

Table with columns: A. Des Staates, B. Der Kronländer, Grundrenten- u. Obligationen.

Table with columns: Nationalbank, Creditanstalt für Handel und Gewerbe, etc.

Table with columns: Nationalbank, Creditanstalt für Handel und Gewerbe, etc.

Table with columns: Nationalbank, Creditanstalt für Handel und Gewerbe, etc.

Table with columns: Nationalbank, Creditanstalt für Handel und Gewerbe, etc.

Table with columns: Nationalbank, Creditanstalt für Handel und Gewerbe, etc.

Table with columns: Nationalbank, Creditanstalt für Handel und Gewerbe, etc.

Table with columns: Nationalbank, Creditanstalt für Handel und Gewerbe, etc.

Table with columns: Nationalbank, Creditanstalt für Handel und Gewerbe, etc.